ALLEINGANG DEB UWE WAGSCHAL, DANIELE GANSER UND

DIE SCHWEIZ 10 JAHRE NACH DEM EWR-NEIN



rationalen Vergleich ausserordentlich gering war, zeigte die Eidmossenschaft grosses Interesse, in dieses Programm aufgenommen werden. In der Folge wurde mit der EU ein Vertrag ausgehandelt, welcher der Schweiz die offizielle Teilnahme an ERASMUS ermöglichte. Startete die EU ein umfassendes Bildungsprogramm mit dem Titel startes, in welches das ERASMUS-Programm integriert wurde. Eine meute formelle schweizerische Beteiligung an SOKRATES konnte wegen EWR-Neins nicht mehr ausgehandelt werden, hingegen wurde die Schweiz als «stille Partnerin» zugelassen. Das bedeutet für die Schweiz ministrative und finanzielle Nachteile. Sie hat keine Mitspracherechte, die Zusammenarbeit kann von der EU jederzeit gestoppt werden. Trotz ser unbefriedigenden Situation hat sich die europäische Mobilität der dierenden aus der Schweiz seit 1992 massiv erhöht und liegt nur noch unter dem europäischen Durchschnitt.

Porschungsplatz Schweiz ist international stark vernetzt. Bei einigen Programmen wie Cost (Europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Schweiz zu den Gründungsmitgliedern. Sie beteiligt sich schon seit Schweiz zu den Gründungsmitgliedern. Sie beteiligt sich schon seit an diversen Forschungsprogrammen der Eu. Diese so genannten Forschungsrahmenprogramme (Eu-FRP) dienen der Eu zur Koordination Inter Forschungsprogrammen, an welchen sich die Schweiz beteiligt, kommt den europäischen Forschungsrahmenprogrammen die grösste Bedeutung [vgl. Abbildung, S. 137].

Die Eidgenossenschaft finanziert mit wachsenden Beiträgen diese gemeinsamen Forschungsprogramme mit. Wurden im Jahre 1992 gut 17 Millionen Franken aufgewendet, flossen 2001 bereits 120 Millionen Franken in die Beteiligung an den EU-FRP. Trotz dieser steigenden Beiträge wurde den schweizerischen Forscherinnen und Forschern der Zugang zu wichtigen

der Errichtung von Zweigniederlassungen. Schweizer Versicherungsgesellschaften dürfen ihre Produkte immer noch nicht von der Schweiz aus in den Binnenmarktstaaten anbieten. Die Errichtung von Zweigniederlassungen erfordert zudem in jedem EU/EWR-Staat eine separate Bewilligung der Aufsichtsbehörde. Versicherungen aus EU/EWR-Ländern erhalten dagegen eine Einheitslizenz für den gesamten Wirtschaftstaum der 18 EWR-Staaten. Auch im Bankensektor bestehen gegenüber EWR-Anbietern noch gewisse

Nachteile für Schweizer Banken.
Will die Schweiz für ihre Finanzdienstleister den freien Zugang zu Auslandsmärkten öffnen, muss ausländischen Anbietern Gegenrecht gewährt werden. Dieses Prinzip sorgt mittlerweile für eine recht aktive Präsenz ausländischer Banken und Versicherungen auf dem schweizerischen Markt. Zudem fanden gerade in den beiden Branchen in den vergangenen Jahren bedeutende Liberalisierungen statt. Die Banken hoben ihre kartellistischen Worschriften (Haftpflichtversicherung für Motorfahrzeuge) verschwanden. Der Wertbewerb ist in diesen Branchen deutlich intensiver geworden; die grosse Angebotsvielfalt hat in einigen Bereichen sogar spezialisierte Beratungsunternehmen für Offertvergleiche entstehen lassen. Auf Grund dieser Entwicklungen zählen Banken und Versicherungen sicher zu den am etfolgreichsten liberalisierten Sektoren der schweizerischen Wirtschaft in etfolgreichsten liberalisierten Sektoren der schweizerischen Wirtschaft in

Weniger Mitsprache bei Bildung und Forschung

Das bilaterale Abkommen über die Personenfreizügigkeit liberalisiert gegenseitig den Zugang zu ausländischen Bildungsstätten. Für Studierende wird dadurch praktisch das Miveau des Ewr erreicht. Zusätzlich fördert die Eu die Mobilität der Studierenden mit speziellen Programmen, von denen das Erramus-Programm das bekannteste ist. Da die Mobilität

gesuche mit Schweizer Beteiligung. Koordinationsstelle für Forschungsprogramme positiv beurteilten Projektdafür ist die überdurchschnittlich hohe Anzahl der von der Brüsseler dem Inkrafttreten der bilateralen Verträge relativ gering. Ein Indikator EWR-Nein für den Bereich Forschung und Entwicklung ergeben, nach Franken pro Jahr. Insgesamt sind aber die Nachteile, die sich aus dem für die Schweiz zu zusätzlichen Kosten von schätzungsweise 63 Millionen Verträgen werden anders errechnet als für EU/EWR-Mitglieder. Dies führt Die Beitragsschlüssel für die Forschungsprogramme in den bilateralen als derjenige, der sich durch eine Beteiligung am EWR ergeben hätte. dings ist der Status des bilateralen Forschungsabkommens schlechter schungsdaten und Ergebnissen, die ihnen bisher verwehrt waren. Allerauf strategischer Ebene Einfluss nehmen und erhalten Zugang zu For-Forscher und Forscherinnen können jetzt als Projektkoordinatoren auch diese Nachteile zum grössten Teil ausgeräumt werden. Schweizerische über die wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit konnten das Nein zum ewr-Vertrag verwehrt. Mit dem bilateralen Abkommen Kommissionen sowie die Mitsprache in wissenschaftlichen Gremien durch

Der Marktzutritt schweizerischer Anbieter von Waren und Dienstleistungen zum europäischen Binnenmarkt hat mit dem Inkrafttreten der bilateralen

Abkommen weit gehend EWR-Niveau erreicht. In der Gegenrichtung des Warenverkehrs sieht man aus dem Preisvergleich mit dem Ausland deutlich, dass das Bild von der Hochpreisinsel Schweiz durch Dienstleistungsbranchen geprägt ist, die vor internationalem Wettbewerb geschützt sind. Bei den Warenimporten gibt es bloss in bestimmten Güterkategorien noch Markthindernisse und überhöhte Preise. Es ist jedoch eine allgemeine Tendenz zur Marktöffnung festzustellen, einerseits durch die Revision des Kartellgesetzes, anderseits durch die in Aussicht gestellte Möglichkeit der Verfolgung des missbräuchlichen Einsatzes des Patentschutzes.

kommen konnten izerische ren auch g zu Foren. Allerchlechter en hätte. dateralen Dies führt Millionen aus dem en, nach

eistungen ilateralen

ndikator

Brüsseler n Projekt-

svergleich
I Schweiz
Iem Wettstimmten
ist jedoch
eits durch
t gestellte
tschutzes.

----- Europäische Forschungsprogramm (2001): Schweizer Beiträge

EU-FRP: 5. Rahmenprogramm für Forschung und technologische Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft (1992–2002), Brüssel

ESA: Europäische Weltraumorganisation, Paris

CERN: Europäisches Laboratorium für Teilchenphysik, Genf

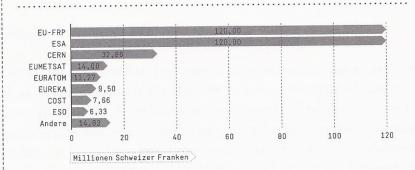
EUMETSAT: Europäische Organisation für Wettersatelliten-Betrieb, Darmstadt

EURATOM: Europäische Atomgemeinschaft, Fusionsforschungsprogramm, Brüssel

EUREKA: Initiative im Rahmen der europäischen technologischen Zusammenarbeit

COST: Europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen und technischen Forschung, Brüssel

ESO: Europäische Organisation für Astronomie, Garching



Am meisten bezahlt die Schweiz für das Forschungsrahmenprogramm sowie für die Weltraumforschung. (Stand 2001)

Quelle: Bundesamt für Bildung und Wissenschaft

DER ALLEINGANG - DIE SCHWEIZ 10 JAHRE NACH DEM EWR-NEIN

Die Schweiz nähert sich somit in ihren wirtschaftlichen Aussenbeziehungen langsam den Binnenmarkt-Wettbewerbsregeln an. Von dieser Tendenz genommen ist gegenwärtig allerdings der grosse Bereich der öffentlichen Dienste, in dem die Lücke zum Binnenmarkt grösser zu werden droht.

reduziert werden.
sgruppen, ganze
einer leistungsshalb sollte kein
en, sondern eine
orge.

werden. Investinologien sind zu sondern ebenso trukturen in den

en: in erster Linie die überwiegend ur, die allgemeine

ist und bleibt die

er gelingen, wenn elschauperspektive me Sonderfall, der ktöffnung überall enzen in Regionen, ulösen scheint als in emokratischen Länsteinschätzung als ein bisschen Mühe.

ZU DIESEM BUCH

Das Buch ist ein Gemeinschaftswerk der festen und freien AVENIR SUISSE-Mitarbeiter Uwe Wagschal, Daniele Ganser und Hans Rentsch. Beratend stand Paul Aenishänslin zur Seite, der sich seit vielen Jahren beruflich mit dem Verhältnis Schweiz - Europa befasst. Für die Recherche, Datenaufbereitung und Kontrolle standen Martin Läderach, Michael Bühler, Giselle Pinck und Franziska Spörri zur Seite. Redaktionell betreut wurde der Text von Hanspeter Vetsch, die Korrekturen besorgte Marianne Sievert. Layout, Grafik und Produktion lagen in den Händen von Yves Winistoerfer und Susanne Gmür. Wichtige Anregungen, Ergänzungen und Korrekturen verdankt das Buch den Lektoren Ernst Baltensperger und Beat Kappeler. Der Lesbarkeit zuliebe wurde auf wissenschaftliche Zitatangaben verzichtet, die verwendete Literatur ist im Anhang zusammengestellt. Die Informationen, die in die Studie eingeflossen sind, stammen vorwiegend aus öffentlich zugänglichen Quellen und Dokumenten wie Gesetzen, Studien, offiziellen Analysen und Presseartikeln. Als Datenquellen wurden die offiziellen Statistiken der OECD, des Statistischen Amtes der Europäischen Union (EUROSTAT) sowie jene des Bundesamtes für Statistik (BFS) verwendet. Eine weitere wesentliche Grundlage für dieses Buch bilden die Diskussionen mit Akteuren, die an den EWR-Verhandlungen beteiligt waren, sowie Gespräche mit Experten aus Verwaltung, Diplomatie, Wissenschaft und Wirtschaft.